

Alles was Recht ist



Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen: Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs

Der Europäische Rechnungshof kommt in einem kürzlich veröffentlichten Sonderbericht „Bekämpfung der Antibiotikaresistenz“ zu dem Schluss, dass trotz Fortschritten im Tiersektor diese Gesundheitsbedrohung für die EU nach wie vor eine Herausforderung darstellt. Die Maßnahmen der EU-Kommission und der Agenturen haben laut Bericht zu einigen Fortschritten geführt. Es deutet aber wenig darauf hin, dass die Gesundheitsbelastung zurückgegangen ist. Mit seiner Empfehlung möchte der Rechnungshof die Reaktion der Kommission auf die Antibiotikaresistenz durch eine bessere Unterstützung der nationalen Aktionspläne der Mitgliedstaaten stärken. Außerdem sollen eine bessere Überwachung und der umsichtige Einsatz antimikrobieller Mittel gefördert werden.

<https://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=51992>

Urteil aus Deutschland: CBD ist Novel Food

Das Verwaltungsgericht Gießen hat entschieden, dass Nahrungsergänzungsmittel mit Cannabidiol oder erhöhtem THC-Gehalt als Novel Food, vor Verkauf eine Zulassung benötigen. Im zugrunde liegenden Fall wurden durch Anordnungen eines Landratsamtes die betroffenen Lebensmittel zurückgerufen. CBD unterliegt seit 1. Oktober 2016 als Arzneimittel der Verschreibungspflicht und hat zudem keine Novel Food-Zulassung nach EU-Recht erhalten. Bezüglich des Hanföls mit THC-Gehalt muss das entsprechende Unternehmen in einem Zulassungsverfahren nachweisen, dass es keine Gefahr für Leib oder Leben des Verwenders darstellt.

https://www.kostenlose-urteile.de/VG-Giessen_4-L-325419GI_Untersagung-fuer-Vertrieb-CBD-haltiger-Lebens-und-Nahrungsergaenzungsmittel-rechtmaessig.news28149.htm

Britisches Gericht: Veganismus ist geschützte Weltanschauung

Ethisch motivierter Veganismus ist laut einem britischen Arbeitsgericht in Norwich eine geschützte Weltanschauung und damit vor Diskriminierung geschützt. Im Urteil bekam ein Arbeitnehmer Recht, der gegen seine Entlassung geklagt hatte. Seinen Job hatte der Mann verloren, weil er den Pensionsfonds des Arbeitgebers kritisiert hatte, welcher in Unternehmen investiert habe, die in Tierversuche involviert sind. Das Gericht folgte der Argumentation, wonach diese Form des Veganismus eine Philosophie und eine Weltanschauung ist (der Mann trug beispielsweise auch vegane Kleidung). Philosophische Überzeugungen werden durch das britische Gleichstellungsgesetz seit 2010 geschützt.

<https://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/grossbritannien-veganismus-ist-eine-geschuetzte-weltanschauung-a-1303590.html>

Neuartiges Coronavirus: Österreichische Verordnung sieht Anzeigepflicht vor

Mit 26.01.2020 wurde nach dem Epidemiegesetz vom Gesundheitsminister die Anzeigepflicht für „2019 neuartiges Coronavirus“ (2019-nCoV) verordnet. Aktuell wird nur von einer direkten Infektionsübertragung durch Inhalation („Tröpfchen-Infektion“) ausgegangen.

https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2020_II_15/BGBLA_2020_II_15.pdfsig

Urteil zur ClaimsVO: „Low Carb“ ist unzulässig

Der Begriff „Low Carb“ unterliegt der ClaimsVO 1924/2006 und kann somit auch unzulässig sein, entschied das Landgericht Hamburg unter [312 O 433/18](#) (n.rk.). Im aktuellen Fall hatte ein Unternehmen 48 „Low-Carb-Produkte“ im Internet angeboten. Die Verbraucherzentrale Hessen hielt dies für unzulässig und mahnte das Unternehmen ab. Im anschließenden Gerichtsverfahren gab das Gericht Hamburg der Verbraucherzentrale recht. Demnach erlaubt die ClaimsVO zwar Aussagen wie „reduzierter Kohlenhydratgehalt“, wenn dies im Vergleich mit einem ähnlichen Produkt zutrifft. Ein pauschaler Vergleich mit unbenannten Produkten ist hingegen nicht erlaubt, das würde zu Missverständnissen führen, inkl. dem englischen Begriff für geringe Kohlenhydratgehalte (low carb).

<https://www.verbraucherzentrale-hessen.de/pressemeldungen/vertraege-reklamation/nein-zu-low-carb-43326>